



[Home](#) > [Politik](#) > Aus Sorge um Staatsfinanzen: Politiker wollen bei Beamten-Pensionen sparen!



AUS SORGE UM STAATSFINANZEN

Politiker wollen bei Beamten-Pensionen sparen!

VON A. BALDAUF, D. HOEREN UND O. SANTEN

30.08.2010 - 00:18 UHR

Hier wird ein Tabu gebrochen!

Aus Sorge um die Staatsfinanzen machen erste Politiker jetzt Front gegen die hohen Beamten-Pensionen.

Jahrelang hatte sich die Politik nicht an dieses Thema herangetraut – aus Angst vor dem Zorn der Pensionäre bei Wahlen! Doch jetzt trauen sich die Ersten aus der Deckung und fordern Reformen und Einsparungen!

Denn in den nächsten 40 Jahren wird die Zahl der Pensionempfänger von rund einer Million auf 1,6 Millionen steigen. Ohne Reform explodieren die Versorgungsaufwendungen:

Die Bundesregierung geht von einem Anstieg von derzeit rd. 41 auf 100 Milliarden Euro im Jahr 2050 aus (siehe Tabelle). Jens Spahn (CDU), sagte der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Die zunehmende Last der Pensionen wird vom Steuerzahler kaum zu tragen sein.“

Das sehen seine Fraktionskollegen ähnlich! Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) zu BILD: „Wir brauchen eine Gleichbehandlung von Renten und Pensionen. Wenn das Renteneintrittsalter auf 67

erhöht wurde, muss das auch für Pensionäre gelten. Wenn die Renten nicht steigen, können auch die Pensionen nicht steigen. Zudem muss der Staat für die Pensionsverpflichtungen jedes Jahr Rückstellungen bilden.“

CDU-Finanzexperte **Ralph Brinkhaus**: „Als Sofortmaßnahme für alle Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sollte eine Angleichung der Gehaltsstrukturen an die freie Wirtschaft erfolgen, dafür die Aufhebung der Privilegien bei Altersversorgung und Krankenversicherung. Darüber sollten wir auch für Abgeordnete nachdenken.“

Rainer Holznagel, Bund der Steuerzahler, zu BILD: „Alle Reformen, die in der gesetzlichen Rentenversicherung durchgeführt wurden, müssen auch auf Beamte übertragen werden. Was Rentnern zuzumuten ist, das ist auch Pensionären zuzumuten.“

Ökonom Bernd Raffelhüschen, Uni Freiburg: „Sollte es halbwegs fair zugehen, müssten Beamte mindestens bis 68 arbeiten.“